

Die interparlamentarische Konferenz =
Jahreskonferenz vom 27. 28 und 29.
April 1917

wobei aber die stärkere englische Finanzmacht ihre Überlegenheit fühlen läßt.

Für das Fortleben der franko-italienischen Solidarität sorgte vor allem Luigi Luzzatti, der auf dem Kongresse die Rolle eines Nestors, eines Dohens der Defensisten innehat.

Nebst Parlamentariern sind an der Konferenz auch Industrielle, Kaufleute und Juristen als beratende Organe den Verhandlungen beigegeben. Die Konferenz folgte unmittelbar der militärisch-politischen Konferenz nach und bezeichnete als ihr Ziel die Erreichung eines vorläufigen Einverständnisses als Grundlage für die bevorstehende gouvernementale Wirtschaftskonferenz. Vertreter waren bei der Konferenz: Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal, Rußland, Serbien. Das Präsidium führte Charles Chaumet, zugleich Vorsitzender des französischen Delegiertenkomitees.

Beim Empfang der Delegierten im Elysée präbizierte Poincaré mit den höchsten und den tiefsten Registern der nationalen Leidenschaft durch Aufzählung aller Greuelthaten der deutschen Kriegführung, Ueber Handelspolitik, Friedensarbeit usw. verliert Poincaré kein Wort.

Die Konferenz hielt drei Sitzungen ab und faßte mit Stimmeneinheit 12 Resolutionen, welche weiter unten besprochen werden.*

Zu Beginn der ersten Sitzung entwickelte Charles Chaumet das Programm der Konferenz. Hieron sei hervorgehoben, daß alle Ententeländer aufgefordert werden, für sich die Bedürfnisse jedes einzelnen Industriezweiges zu studieren, — das sollen Vorstudien für die in ferner Zukunft schwebende Regelung der Zölle sein.

Der deutsche Kaufmann wird als ein Mensch geschildert, dem auch das verworfenste Mittel nicht zu schlecht ist.

Der Vertreter Serbiens weist darauf hin, daß Serbien seit 1906, als der Wirtschaftskrieg mit Oesterreich-Ungarn anfang, die Märkte Italiens, Belgiens und Frankreichs vorzugelassen begann.

Die Russen waren bei dieser und den beiden folgenden Sitzungen noch nicht anwesend; ob dies absichtlich oder unabsichtlich geschah, ist für uns deshalb irrelevant, weil es an der Tatsache nichts ändert, daß bei der am 24. Mai speziell für die Russen abgehaltenen Sitzung (an der nur einige Russen und Franzosen teilnahmen) wirklich nur eine lächerliche Maus (das russisch-französische Zollamt) geboren wurde.

Japan landete zur parlamentarischen Konferenz nur seine Sympathie und Gebung.

Von den Schlussreden der dritten Sitzung sei hervorgehoben, daß Sir John Randle, der Führer der englischen Delegierten, sich sehr befriedigt äußerte. Das Fazit ist also der Gleichzeitigkeit, den die kontinentalen Orientestaaten, mit Ausnahme Rußlands, von England erhielten.

Erste Resolution

Beziehend ein vorläufiges Uebereinkommen über legislative Maßnahmen, um die Handelsbeziehungen zwischen den Kriegführenden, die Erfüllung der Kontrakte, Eintreiben der Schuldforderungen, Sequestrierung von Gütern, Patentangelegenheiten usw., zu regeln.

Die Konferenz spricht den Wunsch aus, daß die alliierten Regierungen ein permanentes, gemeinsames Organ schaffen, welches alle wirtschaftlichen Abwehrmaßnahmen während des Krieges und nach demselben festzusetzen hat.

Aus der Aktion des Senators Baudet zu diesem Gegenstande sei hervorgehoben: Deutschland hat sich zu leicht mit Baumwolle versehen können, weil dieser Artikel nicht gleichzeitig von allen interessierten Ländern als Kriegskonterbande erklärt werden konnte. Auch jetzt ist absolut keine Einheit betreffs der Konterbandeartikel zwischen den Alliierten hergestellt; ebenso ist es mit den Ausfuhrverboten. Die gesetzlichen Bestimmungen über den Handel mit dem Feinde waren in England andere wie in Frankreich; während letzteres absolut jeden Handel verbietet, machte England eine Ausnahme für Personen feindlicher Nationalität, „welche weder in feindlichen Ländern wohnen, noch dort Handel treiben“. England hat jetzt den französischen Standpunkt akzeptiert und verbietet den Handel mit Angehörigen feindlicher Staaten, auch wenn sie in neutralen Ländern wohnen. Die Sequestrierung feindlicher Güter konnte auch nicht einheitlich geregelt werden, ebenso die Eintreibung der Forderungen an feindliche Schuldner. Ferner ist noch die Regelung der Frage der Patente und Schutzmarken ausständig. Die Konferenz hat nur den Zweck, den Parlamenten der verschiedenen Länder Material zu den legislativischen Arbeiten zu liefern, welche von gleichen Prinzipien inspiriert sein sollen.

Zweite Resolution

Vorsichtsmaßnahmen gegen die Invasion deutscher Produkte beim Uebergange vom Kriegs- zum Friedenszustand.

Adolphe Landry (Deputierter von Korsika) hatte schon am 9. Dezember 1915 in Paris ein Mémoire über diese Frage ausgearbeitet, dessen Grundgedanke ist, daß Deutschland, wenn beim Abschluß des Friedens die Feindseligkeiten nicht weit in sein Inneres getragen sein werden, nicht jene schweren Erschütterungen erlitten haben wird, wie Belgien, Frankreich und Rußland und daß es in gewissen Produktionszweigen von der Konkurrenz

dieser drei Länder befreit sein wird. Die Entente werde daher gegen Deutschland einen Spezialtarif anwenden müssen. Landry führt aus, in Ententekreisen herrsche die Auffassung, daß Deutschland große Stöße an Waren besitze, welche es nach einem vorbedachten Plane sofort nach Beendigung des Krieges exportieren wird. Angeblich soll Deutschland am 1. Januar 1916 über die normalen zum Export bestimmten Warenvorräte noch einen Warenstock im Werte von 7 1/2 Milliarden Francs bereithaltend gehabt haben. In Deutschland seien große Schwierigkeiten bei den Industrien, welche Baumwolle und Schafwolle, Kautschuk und Leder verarbeiten, nachdem es an Rohstoffen und Arbeitskräften fehlt. Besonders in gewissen Branchen der metallurgischen und chemischen Industrie (Farbstoffe), an elektrotechnischem Material, optischen Instrumenten, Spielwaren und vielen anderen „leichten“ Waren seien aber sehr große Stöße angesammelt. Deutschland bereite eine Art „dumping“ vor, wogegen man sich schützen muß. Der große allgemeine Bedarf an Rohstoffen und Schiffsraum, die Transformierung der Kriegsindustrien für den Friedensbedarf werden nach dem Kriege große Schwierigkeiten verursachen.

Der Engländer Gardin bittet, sich diesbezüglich keine großen Sorgen zu machen, Deutschland werde ja zerhackt sein und unfähig, seine Gegner ernstlich auf ökonomischem Gebiete zu gefährden. „Wir haben geschworen (ruft der Engländer), Deutschland zu zerstören, wir müssen es außer Stand setzen, uns überhaupt schaden zu können. Wir Engländer weigern uns daran zu denken, daß Deutschland nach dem Kriege noch schädlich sein kann.“

Der Portugiese Mello Barreto weist darauf hin, daß Portugal vor dem Kriege nach Deutschland sehr bedeutende Warenmengen absetzte (Kafee, Weine, Fischkonserven, Kork, Früchte). Der Verlust des deutschen Marktes ohne direkte Kompensationen wird Portugal sehr schädlich sein. Portugal hat keine Industrien, welche von der Wirtschaftsblokkade Deutschlands Nutzen ziehen. Trotzdem entschließt es sich, im Interesse der gemeinsamen Sache zu handeln. Die Alliierten sollten sich nach dem Kriege durch Spezialtarife Kompensationen gewähren, um ihre Produktion zu schützen. Man sieht es deutlich; Portugal melbet sich bereits zur Schadloshaltung durch die Entente für den Verlust des deutschen Marktes.

Der Engländer Rutherford macht heftige Ausfälle gegen Deutschland und seine Regierung. Diese habe selbst 75prozentige Warenvorschüsse gewährt, damit der deutsche Kaufmann in der Lage sei, bei Exportgeschäften dem Käufer langfristige Kredite zu gewähren. Nach dem Kriege wird man all diesen Dingen ein Ende bereiten. Draconische Maßregeln sind notwendig. Die deutschen Warenstöcke und Maschinen müssen requiriert werden. Durch 10 Jahre dürfen deutsche Schiffe nicht in die Häfen der Alliierten einlaufen; durch 10 Jahre soll den Deutschen die Naturalisation in Ententeländern verboten werden. Wir haben absolutes Vertrauen in den vollständigen Sieg, wir werden Deutschland unsere Bedingungen diktieren. Seine Stöße werden die erste Kompensation für uns bilden.

Der Engländer Oberstleutnant Norton Griffiths proponiert, daß während zehn Jahren nach dem Kriege ein Tarif gegen Deutschland in Kraft treten solle, der seine Waren mit einem mindestens 100prozentigen Zolle belegt. Der deutsche Unterseebootkrieg gegen neutrale Schiffe hat den Zweck, daß Deutschland nach dem Kriege die größte Handelsmarine besitzen soll. „Wir müssen Deutschland verhindern, uns wirtschaftlich zu erschöpfen und es zu diesem Zwecke von unseren Märkten fernhalten.“

Redner scheint also Deutschland doch noch das Geltendmachen einiger Lebenskräfte nach dem Kriege zuzutrauen.

Der Franzose Landry erlaubt sich auch die Bemerkung, daß der englische Standpunkt der totalen und definitiven Zerschmetterung Deutschlands, so daß dieses vollkommen aufhört eine wirtschaftliche Großmacht zu sein, vielleicht etwas zu summarisch ist (1). Er fragt: Werden wir wirklich Deutschland zerstören können?

Der Franzose Couyba erlaubt sich die Bemerkung: Wir müssen Deutschland nicht zerstören, sondern uns verteidigen. Der Berichterstatter Landry schließt sich dieser Auffassung an.

Der Franzose Darnour weist darauf hin, daß Deutschland anscheinend in Amerika riesige Warenstöcke angekauft habe, besonders an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Das Eindringen von Deutschen in die eigenen Handelshäuser sei zu verhindern.

Landry konstatiert, daß selbst in Frankreich und seinen Kolonien durch Zwischenpersonen Warenstöcke für die Verwertung bei dem Feinde nach dem Kriege bereitgehalten werden.

Der Franzose Paul Doumer ist der Meinung, daß das Vorhandensein dieser letztgedachten Stöße nicht erwiesen sei.

Der Belgier Thiébaux bringt die Schadenersatzansprüche Belgiens für Maschinenmaterialien und sonstige Produkte, welche bei der Invasion weggenommen wurden, zur Sprache.

Dritte Resolution

Gutmachung der Kriegsschäden.

Wir senden voraus, daß es sich nicht um eine Entschädigung der Kriegskosten, sondern um eine Gutmachung von materiellen Zerstörungen, Verwüstungen usw. handelt.

Der Franzose Ernest Haubos spricht in dem Sinne, daß nach dem Kriege wieder das Gleichgewicht

zwischen der Produktion der Alliierten und der Zentralmächte eintreten müsse, welche sich durch räuberische Verschwendung in den okkupierten Gebieten so bereichert haben. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Tag nahe, an dem die Kriegführenden über den Frieden verhandeln werden. Die Alliierten werden dann mit ihren Schuldforderungen auf Grund gemeinsamer Berechnungen hervorreten. Letztere sollen zuerst von jedem Staate abgefordert erfolgen und hierauf von den Staaten untereinander in Harmonie gebracht werden. Vorerst ist von jenen Schäden die Rede, welche durch Verletzung des Völkerrechtes entstanden sind. (Siehe Artikel 3 und 4 der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907.) Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden, ob besiegt oder siegreich (1), die Ententeländer entschädigen müssen.

Haubos, sowie der Berichterstatter Alfred Neymarck besprechen ferner die Frage solcher Schäden, welche nicht mit völkerrechtlichen Verstößen zusammenhängen, die Interessen der Fremden, welche in den Ententeländern wohnen, die Frage des Verlustes und der Zerstörung von Wertpapieren usw. Diese Besprechung erfolgt aber in recht problematischer Form.

Vierte Resolution

Reduktion der Post-, Telegraphen- und Telephonatarife; Ausstellung eines Minimaltarifes für die Alliierten.

Fünfte und sechste Resolution. Konventionen über internationale Warentransporte. Ein zu freierendes permanentes Organ soll die gemeinsamen Bedingungen studieren, unter welchen Warentransporte mit Vermeidung feindlicher Territorien bewirkt werden können.

Die Art und Weise, wie die feindlichen Mächte zu einem Tariffsystem gezwungen werden können, welches den Warentransporten der Alliierten unschädlich ist, soll studiert werden.

Die Regierungen der Verbandsstaaten mögen in Uebereinstimmung mit der Pariser Deklaration vom März 1916 unverzüglich, und zwar wenn möglich durch Requisition von Handelsschiffen die Herabsetzung der Schiffsfrachten in Angriff nehmen.

Der Berichterstatter Maurice Sibille (Franzose) ist der Ansicht, daß nach dem Kriege die Berner Konvention v. J. 1890 zu revidieren und Rußland in dieses Uebereinkommen einzubeziehen sein werde. Der Frankfurter Vertrag vom Jahre 1871, welcher die deutsche Schifffahrt begünstigte, sei gegenstandslos geworden; Frankreich, England, Portugal sollten in die Lage kommen, sich deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffen gegenüber durch Lonnengelder und Flaggenzölle schädlos zu halten. England war seinerzeit nicht an der Berner Konvention beteiligt. Die zur Weltmachung dieser Forderung da und dort geschaffenen kombinierten Eisenbahn- und Schiffsfrachttarife für Warentransporte vom Kontinent nach England waren unzulänglich. Der Verlehr Frankreichs und Italiens mit Deutschland war daher vor dem Kriege leichter, als jener mit England.

In Zukunft werden die Ententestaaten internationale kombinierte Tarife für die Land- und Wasserwege einführen müssen.

Redner konkludiert dahin, daß die alliierten Regierungen nach dem Kriege die Präventionen Deutschlands auf die Suprematie in Europa bekämpfen müssen. Eine internationale Konferenz soll das Projekt einer Konvention über die Warentransporte zwischen England und den übrigen Ententeländern ausarbeiten. Er schließt mit dem Ausrufe: „Unter uns hat niemand Absichten auf die Weltherrschaft, unser gemeinsames Ideal ist die Achtung der menschlichen Freiheit, sowie der Unabhängigkeit der großen und kleinen Nationalitäten.“

Der Italiener Edoardo Pantano meint, daß die Frage der Eisenbahnfrachttarife schwieriger sei als jene der Schiffsfrachttarife und weist darauf hin, daß man von Deutschland lernen könne, wie durch Eisenbahntarife Zollschilde illusorisch gemacht werden können. Die Warenverkehrspolitik sei gerade jetzt das mächtigste Mittel der zukünftigen Zivilisation. Die Auslassungen des Redners sind saturiert von Ideen der Annäherung entfernter Nationen durch den Handelsverkehr, eine einseitige Betonung der Ententeinteressen bemerken wir nicht. Pantanos Worte sind uns ein Symptom für den Kontrast zwischen lateinischem Idealismus und britischem nüchtern-egoistischem Realismus.

Aus den Neußerungen des Italieners Aurelio Drago ist zu ersehen, daß die Konventionen und Industriellen Italiens ganz besonders an der Lösung der höchst dringenden und kritischen Charakter besitzenden Frage der Schiffsfrachten und der Wechselkurse***) interessiert sind. Drago bekämpft den englischen Standpunkt, daß eine Reduktion der Schiffsfrachten nicht möglich sei. Er schätzt den Verlust des Lonnengehaltes im Weltverkehr durch Zerstörung auf 5 bis 6 Prozent. In den Häfen der Kriegführenden und Neutralen seien 11 bis 12 Prozent sämtlicher Dampfer unter Sperre. Ein kleiner Prozentteil sei durch die Verlängerung des Seeweges für Getreidetransporte absorbiert, die nicht mehr — wie früher — durch das Schwarze Meer gehen können. Andererseits müsse man mit einer Steigerung der Verwertung des Schiffsraumes um etwa 14 Prozent rechnen.

*) Diese Einbeziehung Rußlands wäre für unsere Verkehrsinteressen auch wichtig, sie hätte in Rußland unter anderem auch die normale Eisenbahnspurweite zur Folge. Letztere Frage, welche strategische pro und contra aufweist, dürfte bei den seinerzeitigen Friedensverhandlungen voraussichtlich zur Diskussion gelangen.

**) Es sei schon jetzt bemerkt, daß der inländische Umlauf, Wechselkurse keinen sich künstlich und unabhängig von der Güte der Saluta regulieren, wiederholt auf der Konferenz auftaucht.

*) Diese Besprechung erfolgt an Hand der erschienenen Publikation: „Conférence parlementaire du commerce, Palais à Luxembourg, Sénat, 27, 28 et 29 Avril 1916, Paris, Librairie Félix Alcan, 103 Boulevard, Saint-Germain. Die Publikation erfolgte seitens des permanenten Brüsseler Komitees.“

*) „Dumping“ ist eine Art unaufrichtiger Wettbewerb und besteht in der Verdrängung von Konkurrenten auf fremden Märkten zu ungewöhnlich billigen Preisen, die selbst unter den Erzeugnispreisen herabgesetzt sind und nur durch staatliche Begünstigungen (Subventionen) möglich sind.